



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 - 2019

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2015/2074(BUD)

15.4.2015

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zu dem Haushalt 2016 – Mandat für den Trilog
(2015/2074(BUD))

Verfasserin der Stellungnahme: Deirdre Clune

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. hebt hervor, dass der Haushaltsplan 2016 bei der Erhöhung des Beitrags der Union zur Förderung des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, eine wichtige Rolle einnehmen muss;
2. fordert nachdrücklich eine finanzielle Unterstützung für Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Personen, die in mehrfacher Hinsicht Nachteile auf dem Arbeitsmarkt haben, wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die Minderheiten angehören;
3. weist darauf hin, dass Wachstum für mehr Beschäftigung und steigenden Wohlstand wesentlich ist und dass die Strukturfonds effizienter auf die Förderung von Wachstum ausgerichtet werden müssen;
4. betont, dass ausreichend Mittel und eine gute Haushaltsführung für die Programme im mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 erforderlich sind, mit denen die Arbeitslosigkeit, die Armut und die soziale Ausgrenzung in Angriff genommen werden sollen, wie die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche (YEI), den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF), die unterschiedlichen Achsen des Europäischen Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD);
5. ist der Ansicht, dass mit dem Haushaltsplan der EU Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und der beruflichen Qualifizierung unterstützt werden sollten;
6. betont, dass mit dem Haushaltsplan 2016 Maßnahmen zur Förderung des Unternehmertums in Kleinstbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen, einschließlich des sozialen Unternehmertums, der innovativen Sozialunternehmen und der Selbstständigkeit, unterstützt werden sollten;
7. betont, dass mit dem Haushaltsplan 2016 in der gesamten EU ein hohes Arbeitsschutzniveau und eine Präventionskultur gefördert werden sollten und ein Beitrag zur Bewältigung der neuen Herausforderungen für die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz geleistet werden sollte;
8. weist darauf hin, dass Kleinstbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen eine Vielzahl von Arbeitnehmern in der EU beschäftigen und dass eines der größten Probleme bei ihrer Gründung und nachhaltigen Entwicklung darin besteht, Finanzmittel zu erhalten; schlägt deshalb vor, das Unterprogramm Mikrofinanzierung auszuweiten;
9. betont, dass der Haushaltsplan der Union Anstrengungen zur Förderung der Vollendung des Binnenmarkts, der Wettbewerbsfähigkeit, der sozialen Konvergenz, der Entwicklung einer sozial verantwortbaren Politik in Unternehmen und der Kontrolle der Anwendung der gesetzlich festgelegten sozialen Standards durch die Unternehmen unterstützen sollte,

um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu gewährleisten;

10. fordert nachhaltige Haushaltsanstrengungen zur Bereitstellung geeigneter Ausbildungsmöglichkeiten und Umschulungen in den Branchen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, und in den Schlüsselbranchen mit hohem Beschäftigungspotenzial, wie beispielsweise der grünen Wirtschaft, dem Gesundheitswesen und den IKT-Sektoren;
11. fordert eine regelmäßige und detaillierte Unterrichtung des Europäischen Parlaments über die Etappen der Durchführung der Pilotprojekte durch die Kommission.